

Beschlußempfehlung

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Durchführung
des Beschlusses des AKP-EWG-Ministerrats über die Beschäftigungsbedingungen
für das Personal des Zentrums für industrielle Entwicklung
hinsichtlich Besteuerung, soziale Sicherheit und Rechtsweg
— Drucksache 8/576 —**

A. Problem

Das am 28. Februar 1975 in Lomé unterzeichnete Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft und 46 Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes (AKP) sieht die Einrichtung eines Zentrums für industrielle Entwicklung in Brüssel vor. Das reibungslose Funktionieren des Zentrums muß gewährleistet werden.

B. Lösung

Ein Personalstatut für die Bediensteten des Zentrums wird zur Zeit ausgearbeitet. Einige Regelungen über die Besteuerung, die soziale Sicherheit und den Rechtsweg bei Streitigkeiten sind bereits vom AKP-EWG-Ministerrat verabschiedet worden. Der Verordnungsvorschlag der Kommission bezweckt die Durchführung dieser Regelungen im Bereich der Gemeinschaft.

C. Alternative

keine

D. Kosten

Der Bundeshaushalt wird nicht unmittelbar belastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
von dem Vorschlag der Kommission — Drucksache 8/576 — Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 8. September 1977

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz

Vorsitzender und Berichterstatter